



Medienmitteilung

Basel, 22. April 2020

Sofortmassnahmen zur Abfederung sozialer Auswirkungen der Corona Krise

Die SP Fraktion fordert neben einer Abfederung negativer Auswirkungen auf Arbeitgeber- und Unternehmensseite auch solche auf Arbeitnehmerseite. Zudem besteht nun auch sozialpolitischer Handlungsbedarf.

Gute Reaktion der Regierung für Unternehmen und Selbständige

Die ausserordentliche Lage beeinflusst das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben enorm. Die SP Mitglieder im Regierungsrat Christoph Brutschin und Tanja Soland haben schnell wichtige stützende Massnahmen für Unternehmen und Selbstständige ergriffen. Die SP Fraktion ist sehr erfreut darüber. Die wirtschaftlichen Folgen haben einen direkten Einfluss auf die Beschäftigten und deren Einkommen. Besonders Geringverdienende leiden stark darunter. Die SP Fraktion legt auf diese Gruppe ein grosses Augenmerk.

Abfederung für Geringverdienende

Mit zwei Vorstössen fordert die Fraktion den Regierungsrat auf, bezüglich betroffene Geringverdienende und stark betroffene Sektoren (Baubranche, Gastronomie) nachhaltig zu handeln und akutes Leid zu lindern. Wegen Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit müssen jetzt viele Haushalte und Einzelpersonen mit 20-30 Prozent weniger Einkommen ihre Fixkosten wie Miete, Krankenkasse und Lebensunterhalt bestreiten. Dies trifft Menschen mit kleinem Gehalt besonders hart. Eine schnellere Auszahlung von Sozialbeiträgen (z.B. Prämienverbilligung, Mietzinszuschuss oder Alimentenbevorschussung) soll Verschuldungen vermeiden.

Zudem soll ein Corona-Arbeitsrappen unter anderem ein Vorziehen von Investitionstätigkeiten seitens Kantons ermöglichen. Es wäre wünschenswert, wenn Basel-Stadt aus dieser Krise einen besonderen «Basler Weg» entwickeln würde, der eine ausgewogene Mischung von Unterstützung für die Lohnabhängigen und die Unternehmen verkörpert.

Schutz vor Häuslicher Gewalt

Im Weiteren ist es der SP-Fraktion auch ein Anliegen die psychosozialen und gesellschaftlichen Folgeschäden der Corona-Krise zu mildern. Aus diesem Grund wurden Anfragen zu häuslicher Gewalt und zum Kinderschutz eingereicht. Weitere längerfristige Forderungen wie beispielsweise die Erhaltung der psychischen Gesundheit trotz Isolation werden folgen.

Für weitere Auskünfte steht zur Verfügung:

Nicole Amacher, Grossrätin 078 678 58 47

Kerstin Wenk, Grossrätin 079 469 51 23

Thomas Gander, Fraktionspräsident 078 865 10 82

Beigelegt drei Vorstösse von Nicole Amacher:

- *Interpellation Kerstin Wenk: «Corona-Arbeitsrappen»*
- *Schriftliche Anfrage: Massnahmenpaket für soziale Corona-Folgen im Kinderschutz*
- *Schriftliche Anfrage: Vereinfachte Verfahren für die Beantragung von Alimentenbevorschussung und weiteren Sozialbeiträgen*
- *Interpellation: Sofortmassnahmen «Häusliche Gewalt» und Schutzplätze*



Interpellation: «Corona-Arbeitsrapen»

Die Situation in dieser Pandemie ist sehr schwierig, schwierig für alle – Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmende. Eine Rezession ist leider wohl nicht mehr zu vermeiden. Wir können aber Einfluss darauf nehmen, wie weitgreifend, langanhaltend und schwer diese Rezession werden wird. Dazu müssen Konjunkturprogramme entwickelt werden, die auf verschiedenen Ebenen wirken: Stärkung der Kaufkraft und der Investitionstätigkeiten, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, usw. Der Fokus muss dabei auf binnenwirtschaftlichen Branchen, welche ihre Produkte und Dienstleistungen vor allem in der Schweiz verkaufen, liegen.

Es wurde bereits sehr viel von Bund und Kanton unternommen, um die wirtschaftlichen Folgen dieser Corona-Krise zu mildern. Trotzdem scheint noch mehr möglich, um die steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ihre Folgen für die betroffenen Menschen zu mildern, und so die Kaufkraft zu stärken. Besonders hart trifft es dabei Branchen, wie z.B. das Gastgewerbe mit generell relativ tiefen Löhnen. Viele, die im Gastgewerbe arbeiten sind zudem in Teilzeit oder auf Stundenlohnbasis beschäftigt. Und bei Arbeitslosigkeit schlägt die Prekarität voll durch: wer keine betreuungspflichtigen Kinder hat, erhält nur noch 70% des letzten Lohns (bzw. dem Durchschnitt der letzten 12 Monate). Schon ohne Krise ist es mit Löhnen unter 23.-/Stunde in Basel-Stadt eine tägliche, grosse Herausforderung das Leben (Miete, Krankenkassenprämien, Arztkosten, etc.) finanziell meistern zu können: Wenn dann nur noch 70% von 23 CHF – also 16.10 CHF - sind, wird es für viele unmöglich: die Miete kann nicht mehr bezahlt werden, man geht mit dem faulen Zahn nicht mehr zum Zahnarzt, die Kinder müssen auf neue Spielsachen verzichten. Überhaupt kann man sich nichts mehr leisten, denn es ist schlicht kein Geld da, um es auszugeben.

Basel-Stadt hat in wirtschaftlich ähnlich schweren Zeiten bereits einmal eine unkonventionelle Idee, die in die Geschichtsbücher Eingang fand und tlw. bis heute überdauert hat: Den Basler Arbeitsrapen. Es wäre wünschenswert, wenn Basel-Stadt auch aus dieser Krise einen besonderen «Basler Weg» entwickeln würde, der eine ausgewogene Mischung von Unterstützung für die Lohnabhängigen und die Unternehmen verkörpert.

Der Regierungsrat wird darum gebeten nachfolgende Fragen, im Sinne von Überlegungen als mögliche Mittel um oben genanntes Ziel zu erreichen zu beantworten.

Wie kann der Kanton Basel-Stadt seine Investitionstätigkeit erhöhen?

Welche Investitionsprojekte könnten vorgezogen oder schneller in Angriff genommen werden?

Ist es möglich zu beziffern, wie viel der volkswirtschaftliche Mehrwert wäre, wenn kantonale Investitionsprojekte 2-3 Jahre vorgezogen würden?

Wäre es denkbar, das Gesetz über die öffentliche Beschaffung (min. temporär) anzupassen, um die Unterstützung von lokalen Unternehmen v.a. aus binnenwirtschaftlichen Branchen noch stärker fördern zu können, im Sinne des überwiegenden öffentlichen Interesses?

Wie könnten Branchen wie das Gastgewerbe auf anderen Wegen noch stärker unterstützt werden, um Arbeitsplätze zu sichern, auch mittelfristig? Gibt es auch «out-of-the-box»- Ideen, z.B. zu kantonalen Hotelketten?

Wäre es möglich, die Taggelder der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose mit Tiefstlöhnen, d.h. unter 23.-/Stunden, aus kantonalen Mitteln oder mit einer solidarischen Finanzierung analog dem Arbeitsrapen, welche die generelle Kaufkraft aber nicht zusätzlich schwächen dürfte, auf 100% Lohnfortzahlung aufzustocken, um die Kaufkraft der Betroffenen zu stärken?

Kerstin Wenk



Schriftliche Anfrage: Vereinfachte Verfahren für die Beantragung von Alimentenbevorschussung und weiteren Sozialbeiträgen

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona Krise Haushalte mit niedrigem Einkommen besonders hart getroffen werden. Eine besonders armutsgefährdete Gruppe sind Alleinerziehende, die auf Unterhaltszahlungen angewiesen sind. Viele Unterhaltspflichtige, wie auch viele andere Arbeitnehmende und Selbständigerwerbende, sind nun von erheblichen Einnahmeeinbussen betroffen.

Selbst diejenigen, die Kurzarbeitsentschädigung oder neu Arbeitslosengeld beziehen, werden von mindestens 20 % weniger Einkommen ihre Fixkosten (Miete, Krankenkasse, eventuell Alimente etc.) bestreiten müssen. Diese Fixkosten sind aufgrund von Kündigungsfristen, Wohnungsmangel etc. nicht so rasch an das neue Leistungsniveau anpassbar.

Zudem ist davon auszugehen, dass aufgrund der reduzierten Einkommen, erheblich mehr Personen Anspruch auf Sozialbeiträge wie Mitinzususschuss und Prämienverbilligung oder deren Anpassung haben werden. Die Beantragung bis zur Gutheissung aller genannten Sozialbeiträge, nimmt selbst in «normalen» Zeiten und bei vollständiger Einreichung der geforderten Unterlagen, im Schnitt einen Monat in Anspruch, bis die Anträge nach den gesetzlichen Vorgaben geprüft sind. Aufgrund der nun rasch veränderten finanziellen Situation vieler Personen, ist mit einer erheblichen Zunahme der Anträge oder der Anpassungen der bestehenden Ansprüche in den nächsten Wochen und Monaten zu rechnen.

Viele Personen sind jetzt auf finanzielle Unterstützung angewiesen, damit sie ihre Miete, Krankenkassenprämien und ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Kanton aufgrund der aktuellen Situation bereits mit mehr Anträgen auf Sozialbeiträge konfrontiert, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung?
2. Kann der Regierungsrat abschätzen wie viele Familien und vor allem Kinder als Folge der Corona-Krise von Armut betroffen sein werden?
3. Wie wird sichergestellt, dass ein Wegfall von Unterhaltszahlungen schnell und unbürokratisch abgedeckt werden kann?
4. Wie wird verhindert, dass zahlungsunfähige Eltern nicht in eine Schuldenfalle geraten, wenn die Alimente bevorschusst werden?
5. Was wird vonseiten des Kantons unternommen, damit die Antragsverfahren auf Sozialbeiträge beschleunigt werden können?
6. Die Antragstellungen sind teilweise sehr kompliziert zu verstehen und sehr aufwendig. Was kann unternommen werden, damit die Anträge auf Sozialbeiträge niederschwelliger werden und die Personen, die Anspruch haben, besser über ihre Rechte informiert sind?

Nicole Amacher



Interpellation: Sofortmassnahmen «Häusliche Gewalt» und Schutzplätze

Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass aufgrund der einschneidenden Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mit einer Zunahme von häuslicher Gewalt zu rechnen ist. Der Bund hat in diesem Zusammenhang sogar eine Taskforce ins Leben gerufen, um sicherzustellen, dass Strafverfolgung, polizeiliche Schutzmassnahmen, Opferhilfe und Schutzunterkünfte weiterhin funktionieren.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie viele Schutzplätze stehen im Kanton Basel-Stadt aktuell gewaltbetroffenen Personen zu Verfügung?
- Gibt es schon Anfragen aus anderen Kantonen, ob in Basel-Stadt Schutzunterkünfte zur Verfügung stehen?
- Gibt es eine gesamtschweizerische Bedarfsplanung?
- Können Gewaltopfer, die positiv auf das Coronavirus getestet wurden, sicher untergebracht werden?
- Gibt es einen Notfallplan, falls das Frauenhaus beider Basel aufgrund von Erkrankungen schliessen muss bzw. über eine gewisse Zeit keinen Personen mehr aufnehmen kann?
- Ist die Finanzierung für eine Notfallplanung gesichert?
- Kann die aktuelle Situation als Chance genutzt werden, um nachhaltig die Anzahl Schutzplätze zu erhöhen?

Nicole Amacher

Schriftliche Anfrage: Massnahmenpaket für soziale Corona-Folgen im Kinderschutz

Der Kanton hat ein Unterstützungsprogramm für Unternehmen beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona Krise abzufedern. Neben den wirtschaftlichen Folgen ist aber auch mit sozialen Folgen zu rechnen.

Der Leiter der KESB hat darauf hingewiesen, dass mit einer Zunahme an Kindeswohlgefährdungen zu rechnen ist, aber die Anzahl Meldungen zurückgeht, weil Schulen, Spielangebote, Tagesstrukturen etc. geschlossen sind und deshalb weniger Personen erkennen, wenn es in Familien zu Missbrauch und Gewalt kommt. Da die Institutionen im Bereich des Kinderschutzes bereits schon heute überlastet sind, ist absehbar, dass die Folgeprobleme, der aktuellen Massnahmen zu einer Überforderung des Systems führen werden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Plant der Regierungsrat ein Massnahmenpaket oder Unterstützungsprogramm für soziale Institutionen, die negativen sozialen Folgen der Corona Krise abfedern müssen?
- Hat der Regierungsrat einen Überblick, in welchen Bereichen es zu grossen Problemen kommen könnte (KJD, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, KESB, etc.?)
- Können jetzt schon finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um den zusätzlichen Ressourcenbedarf schnell zu decken?

Nicole Amacher